

# Für ein alternatives Finanzsystem

Attac identifiziert die Finanzmärkte in ihrer neoliberalen Ausgestaltung als hauptverantwortlich für die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. Die soziale Bewegung fordert eine neue, gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft.

**Attac** ist eine internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt.  
[www.attac.at](http://www.attac.at)

von Wilhelm Zwirner



Geschäftsführer  
von Attac Österreich

Das neoliberale Finanzsystem – freier Kapitalverkehr, freie Wechselkurse, profitorientierte Banken, Derivate-Handel in Billiardenhöhe – hat rundum versagt und schadet der Realwirtschaft und der gesamten Gesellschaft. Derzeit sind wir mit einem globalen Finanzcasino konfrontiert, in dem nicht gesellschaftliche Interessen oder die Finanzierung realwirtschaftlicher Tätigkeiten im Zentrum stehen, sondern Wetten auf den schnellen Profit. Dabei werden zum Beispiel nicht nur Preise (über)lebenswichtiger Nahrungsmittel destabilisiert. Selbst ganze Staaten können durch nötige Bankenrettungen und die darauf folgenden Wetten auf Staatsbankrotte Opfer von Spekulation werden, wie die aktuelle Eurokrise beweist.

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise gibt es wachsenden Konsens, dass Finanzmärkte<sup>1</sup> reguliert werden müssen. Kurzfristig ist es nötig, dieses Casino durch eine umfassende Re-Regulierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu schließen und die Macht des Finanzsektors sowie einer vermögenden Elite zu brechen. Erste wichtige Maßnahmen dazu sind die Zerteilung systemrelevanter Banken, die Schließung von Steueroasen, strengere Eigenkapital- und Bilanzierungsregeln, eine Genehmigungspflicht für Finanzprodukte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Vermögens- und Kapitaleinkommenssteuern.

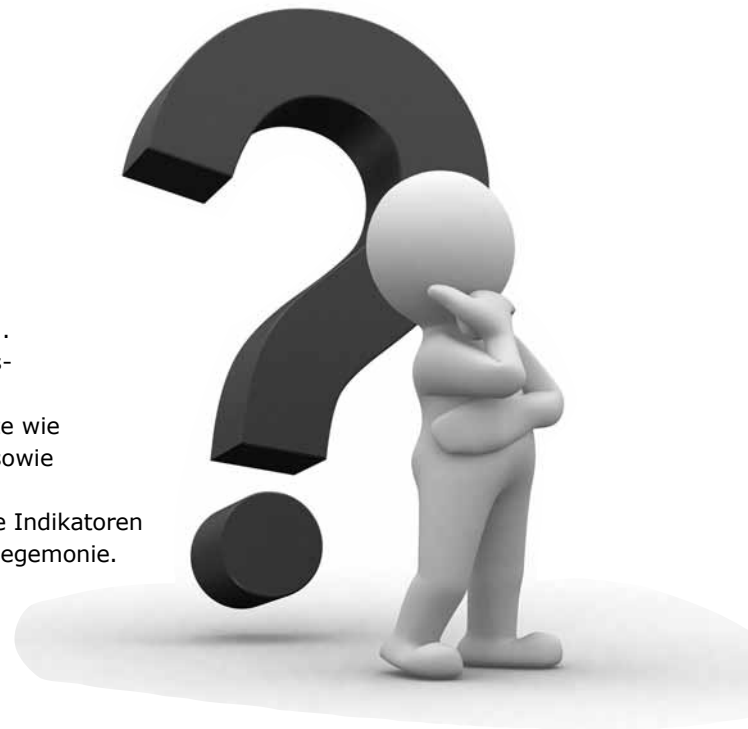
## Nachhaltige Lösungen gesucht

Doch die alleinige „Re-Regulierung“ der Märkte ist zu wenig: Oft sind die Märkte an sich das Problem. Mit der Liberalisierung wurde ein globales Casino geschaffen, in dem Aktien, Kredite, Wechselkurse und immer mehr auch lebenswichtige Güter wie Nahrungsmittel, Rohstoffe oder Wohnraum der Spekulation unterworfen wurden. Mit der Einführung des Handels von Emissionsrechten wird heute sogar mit verschmutzter Luft spekuliert.

Angesichts der Verteilungs-, Klima-, Hunger- und Energiekrise sind die derzeit diskutierten Maßnahmen wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, strengere Eigenkapitalregeln oder das Verbot bestimmter Finanzmarktprodukte unzureichende erste Schritte. Um die aktuellen Probleme nachhaltig zu lösen, bedarf es einer gänzlichen Neuorganisation des Finanzsektors.

Langfristig ist ein alternatives Finanzsystem mit einem demokratischen und nicht gewinn- sondern gemeinwohlorientierten Bankensystem nötig. Banken und Geld müssen zu einem öffentlichen Gut werden. Die Kreditvergabe erfolgt nach sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien, um so nachhaltige Projekte zu finanzieren. Wesentliche gesellschaftliche Bereiche – etwa die Altersvorsorge oder die Preisbildung von Rohstoffen oder Wechselkursen – werden außerhalb von Finanzmärkten organisiert.

<sup>1</sup> Finanzmarkt ist ein Oberbegriff für alle Märkte auf denen Handel mit Kapital betrieben wird und steht im Gegensatz zu den Gütermärkten. Er gliedert sich einerseits in nationale und internationale Finanzmärkte und andererseits in Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte und den Devisenmarkt für den Austausch von Währungen. Finanzmärkte sind somit spezielle Märkte, auf denen Kapital in Form von Geld, Wertpapieren und weiteren Finanzkontrakten gehandelt werden. Kapitalgeber (Sparer) stellen dabei Zahlungsmittelüberschüsse zur Anlage bereit und Kapitalnehmer (Schuldner) fragen diese Zahlungsmittel nach.



## Ein alternatives Finanzsystem umfasst mehrere Elemente:

1. Ein demokratisches und gemeinwohlorientiertes Bankensystem. Banken werden in nicht gewinnorientierte Unternehmensrechtsformen transformiert.
2. Die Abschaffung nichtgemeinwohlorientierter Finanzinstrumente wie Derivate, Fonds, die Verbriefung und der Handel mit Krediten sowie Rating-Agenturen: Das Casino wird geschlossen.
3. Die Schaffung eines Weltwährungssystems mit stabilen, an reale Indikatoren gekoppelten Wechselkursen als Alternative zur aktuellen Dollarhegemonie.
4. Globale Steuerkooperation und eine gerechtere Verteilung der Steuerlast

## Neue Regeln für Finanzmärkte – Die Attac Forderungen

Demokratische Politik muss die Regeln für die Finanzmärkte bestimmen, damit sie den wirtschaftlichen Interessen der gesamten Bevölkerung zu Gute kommen. Die Ziele müssen sein: Stabilität und langfristige Investition statt kurzfristiger Spekulation. Dafür braucht es:

### Kapitalverkehrskontrollen und Kreditbeschränkungen

China, Chile und Malaysia haben bereits erfolgreich Kapitaleinfuhr- und -ausfuhrkontrollen angewandt. Außerdem sollen Kredite verboten werden, die ausschließlich der Spekulation dienen.

### Tobin- und Börsenumsatzsteuer

Mit der nach Nobelpreisträger James Tobin benannten Finanztransaktionssteuer könnten die Finanzmärkte stabilisiert werden. Eine Börsenumsatzsteuer schränkt Spekulation mit Aktien und Anleihen ein.

### Verbot von Hochrendite-Fonds

Besonders risikoreicher Derivathandel, der hauptsächlich spekulative Absichten verfolgt, soll verboten werden. Hedge-Fonds sollten verboten, Private-Equity-Fonds auf Risikosegmente beschränkt werden.

### Haftung der AnlegerInnen

Derzeit können AnlegerInnen gestrost hohe Risiken eingehen. Im Fall einer Finanzkrise hilft der IWF mit

Notkrediten. Wenn sie die Kosten der Krise mittragen müssten, würden sie auf hochriskante Spekulationen eher verzichten.

### Globale Währungs Kooperation

Keynes hatte das Problem schon 1944 erkannt: Nicht eine nationale, sondern eine künstliche Währung sollte die Weltleitwährung sein: der „Bancor“. Wenn die Notenbanken die Wechselkurse zum Bancor gemeinsam festlegen und verteidigen, profitieren alle von höchster Stabilität. Als Zwischenschritt zu dieser globalen Lösung könnten regionale Währungsverbände stehen.

### Reform von Weltbank und Währungsfonds

Weltbank und Währungsfonds müssen der UNO unterstellt und die Stimmrechte demokratisiert werden. Eine Weltzentralbank als letzter Kreditgeber wäre zu überlegen. Kredite müssen die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung erhalten. Die Strukturanpassungspolitik muss beendet werden.

### Schließung von Offshore-Zentren

Anleger und Superreiche verfrachten ihr Geld in Steueroasen (Offshore-Zentren), wo es kaum oder gar nicht besteuert wird. Diese „rechtsfreien“ Zonen könnten leicht abgeschafft werden, da sie zumeist westlichen Staaten unterstehen.

### Gerechte Verteilung

Geld gibt es nach mehr als 50 Jahren ununterbrochenem Wirtschaftswachstum in Hülle und Fülle. Für die Volkswirtschaft ist es schädlich, dass sich dieser Reichtum in wenigen Händen konzentriert (10 Prozent besitzen in Österreich zwei Drittel des gesamten Vermögens). Es wird nicht ausgegeben – was investitions- und beschäftigungsfeindlich wirkt – sondern auf die Finanzmärkte geleitet, wo es tendenziell zu weniger Investitionen und Beschäftigung führt. Eine ökonomisch sinnvolle und sozial gerechte Finanz-, Geld- und Steuerpolitik sollte daher für flächendeckend günstige Kredite, hohe Realrenditen und -einkommen und niedrige Finanzrenditen sorgen. ❧